

Antrag L01: Wohlstandsmotor Mittelstand – Weichenstellungen für den Aufholwettbewerb in der Zeit nach Corona

Antragsteller*in:	Michael Theurer (Landesvorsitzender)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

1 Baden-Württemberg verdankt seinen Wohlstand neben starken Großunternehmen vor allem
2 mittelständischen Betrieben. Diese konnten durch ihre Innovationskraft am globalen
3 Markt bestehen und bescherten Deutschland über viele Jahre ein ungetrübtes Wachstum
4 und sprudelnde Steuereinnahmen. Während andere Länder sich dem Wettbewerb mit
5 Deutschland stellen, haben die Landes- und Bundesregierung sich drauf beschränkt, den
6 Wohlstand zu verwalten.

7 Die Corona-Pandemie hat Versäumnisse im Bereich der Digitalisierung wie unter einem
8 Brennglas sichtbar gemacht und in diesem Bereich einen Fortschrittsschub ausgelöst.
9 Andere Schwachstellen des deutschen Wirtschaftssystems – als Stichworte seien hohe
10 Steuern und Abgaben, wenig nachhaltige Sozialsysteme und überbordende Bürokratie
11 genannt – wurden in der Krise jedoch kaschiert.

12 Insbesondere der heimische Mittelstand braucht endlich wettbewerbsfreundliche
13 Rahmenbedingungen und verlässliche politische Perspektiven, um im globalen Wettbewerb
14 bestehen zu können. Deutschland muss jetzt die Weichen stellen, damit neues Wachstum
15 möglich wird und kleine und mittlere Unternehmen nach der langen Durststrecke der
16 Pandemie ihre Eigenkapitalbasis wieder stärken können, um investieren zu können und
17 wettbewerbsfähig zu bleiben.

18 Hierbei geht es nicht nur um Wohlstand und Arbeitsplätze durch den Erhalt der
19 Sozialen Marktwirtschaft. Es geht auch um Lebenschancen für genau jene jungen
20 Menschen, die in der Pandemie auf so viel verzichten mussten.

21

22 Den Mittelstand entlasten und entfesseln

23 Die Betriebe in Deutschland brauchen in einem ersten, überfälligen Schritt
24 verlässliche Rahmenbedingungen im Umgang mit der Corona-Pandemie. Lieferketten,
25 Produktion und Kinderbetreuung müssen ebenso sicher sein wie die Gesundheit der
26 Menschen. Alle Schritte des staatlichen Handelns müssen vorhersehbar, nachvollziehbar
27 und planbar sein. Neben kurzfristigen Maßnahmen ist für den langfristigen
28 Aufholwettbewerb aber auch eine umfassende Unternehmenssteuerreform und ein radikaler
29 Abbau überflüssiger Bürokratie notwendig.

30 Was zu tun ist:

- 31 • Die FDP hat einen 7-Stufen-Plan mit klaren und verbindlichen Wenn-Dann-Regeln
32 zur Lockerung der Corona-Beschränkungen vorgelegt. Mit einem solchen bundesweit
33 einheitlichen Stufenplan wollen wir für Transparenz und Planbarkeit bei den

34 Unternehmen sorgen.

- 35 • Die Überbrückungshilfen müssen schneller bei den Unternehmen ankommen und der
36 steuerliche Verlustrücktrag auf die letzten drei Jahre ausgeweitet werden.
- 37 • Wir wollen bei Personenunternehmen den Steuersatz für einbehaltene Gewinne unter
38 die Grenze von 25 Prozent senken - insbesondere durch die vollständige
39 Abschaffung des Soli, die immer noch aussteht. Den Körperschaftsteuersatz wollen
40 wir von derzeit 15 auf höchstens 12,5 Prozent senken.
- 41 • Umfassender Bürokratieabbau ist ein Konjunkturpaket zum Nulltarif - das
42 Einsparpotential ist gigantisch. Um dem Bürokratiedschungel Herr zu werden,
43 fordern wir ein vorübergehendes Upgrade der „One-in-one-out“-Regel zu einer
44 „One-in-two-out“-Regel: Für jede neue bürokratische Regel sollen zwei alte
45 abgeschafft werden müssen.
- 46 • Auch eine dauerhaft verlässliche Gewährleistung der öffentlichen
47 Kindertagesbetreuung ist Grundvoraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft.
48 Das Land muss seine Verantwortung für die Kindertagesbetreuung mit dem gebotenen
49 finanziellen Engagement wahrnehmen und dabei den kommunalen, kirchlichen und
50 freien Trägern jenes Maß an Gestaltungsfreiheit lassen, das ein vielfältiges
51 Angebot ermöglicht.
- 52 • Von der grün-schwarzen Landesregierung geplante Maßnahmen wie die
53 Solardachpflicht für sämtliche Neubauten und bei Dachsanierungen oder die
54 Nahverkehrsabgabe lehnen wir ab. Genauso wie eine LKW-Maut auf Landstraßen, die
55 ein klarer Wettbewerbsnachteil für die baden-württembergischen Unternehmen wäre.

56

57 **Digitalisierung und E-Government**

58 Die Digitalisierung ist Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres
59 heimischen Wirtschaftsstandorts. Nur wenn alle Unternehmen gleichermaßen an diesem
60 Wandel teilhaben, können Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze erhalten werden. Vor
61 allem die schlechte digitale Infrastruktur und mangelnde Möglichkeiten im Bereich der
62 digitalen Verwaltungsdienstleistungen stellen große Herausforderungen dar. Hier ist
63 Deutschland eines der schwächsten Länder der gesamten EU.

64 Was zu tun ist:

- 65 • Der Breitbandausbau muss flächendeckend umgesetzt werden. Wir wollen dafür
66 sorgen, dass in Baden-Württemberg Glasfaserverbindungen für alle Gebäude und
67 Betriebe zur Verfügung stehen.
- 68 • Neben mangelndem Breitbandausbau ist auch das lückenhafte Mobilfunknetz eine
69 große Belastung für die Unternehmen im Land. Auf Basis eines Funkloch-Screenings
70 wollen wir das Mobilfunknetz so schnell wie möglich vervollständigen und auf den
71 5G-Mobilfunkstandard ausbauen.
- 72 • Digitale Verwaltungsdienstleistungen sparen Zeit und Bürokratie. In Deutschland
73 und Baden-Württemberg sind sie allerdings noch immer die Ausnahme. Die
74 Digitalisierung der Behörden und Einrichtungen des Landes muss daher endlich

75 entschlossen vorangetrieben werden.

- 76 • Auch die Sicherheit im digitalen Raum muss verstärkt beachtet werden. Hierzu
77 gehört eine Stärkung und Bündelung der Kompetenzen von Behörden zur Bekämpfung
78 von Cyberkriminalität sowie eine bessere fachliche Unterstützung und Beratung
79 von Bürgern und Betrieben.

80

81 **Berufliche Bildung und Fachkräftemangel**

82 Neben ausufernder Bürokratie und schleppender Digitalisierung stellt der
83 Fachkräftemangel eine der größten Herausforderungen für die mittelständischen
84 Unternehmen dar. Gut ausgebildete, leistungsfähige Fachkräfte sind die wichtigste
85 Ressource für die Zukunft der baden-württembergischen Wirtschaft. Um für den
86 notwendigen Fachkräftenachwuchs zu sorgen, sind wir neben vielfältiger qualifizierter
87 Aus- und Weiterbildung auch auf Zuwanderung aus anderen Bundesländern sowie aus dem
88 Ausland angewiesen.

89 Was zu tun ist:

- 90 • Die beruflichen Schulen und das System der dualen Ausbildung müssen in ihrer
91 Leistungsfähigkeit gestärkt werden. Durch schulorganisatorische Maßnahmen sowie
92 die Ausbildung von Berufsschullehrern wollen wir beste Rahmenbedingungen für die
93 Ausbildung qualifizierter Fachkräfte schaffen. Mit einer praxisnahen
94 Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen wollen wir mehr junge
95 Menschen für die berufliche Aus- und Weiterbildung gewinnen.
- 96 • Wir wollen die berufliche Bildung stärken und eine Exzellenzinitiative für die
97 berufliche Bildung umsetzen, die als bundesweiter Wettbewerb für Berufsschulen,
98 Betriebe, Kammern und weitere Akteure der beruflichen Bildung innovative und
99 gleichermaßen praxistaugliche Ideen hervorbringt.
- 100 • Das Fachkräfteeinwanderungsrecht muss zu einem modernen, kohärenten
101 Einwanderungsgesetz mit einer Ausweitung der bisherigen Möglichkeiten zur
102 Fachkräftegewinnung weiterentwickelt werden. Dabei soll die bisherige „Blue
103 Card“ als erste Säule ausgebaut und ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild
104 als zweite Säule eingeführt werden.
- 105 • Damit mehr qualifizierte Interessentinnen und Interessenten an baden-
106 württembergischen Arbeitsplätzen zu uns ins Land kommen können, benötigen wir
107 außerdem schnellere und unkompliziertere Verfahren bei der Anwendung des
108 Aufenthaltsrechts. Gut integrierten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie
109 Geduldeten wollen wir die Möglichkeit zu einem „Spurwechsel“ in den Rechtskreis
110 der qualifizierten Einwanderung geben und somit eine dauerhafte
111 Bleibeperspektive bieten.

Begründung

erfolgt mündlich